

Ein Fundament für den europäischen Gedanken

Patriotismus in Europa

Tilman Mayer

Patriotismus und Europa müssten eigentlich, wenn der Verfassungspatriotismus eine vernünftige, logisch zwingende Überlegung wäre, längst zu einer neuen, eben auch europäischen verfassungspatriotischen Bewegung geführt haben. Das europäische Verfassungswerk, das prominente Politiker – trotz Bedenken vieler Bürger namhafter Nationen – ohne essenzielle Korrektur weiterführen möchten, könnte also längst einen transnationalen Patriotismus generiert haben. Ein integrativer europäischer Konstitutionalismus, analog zu nationalen Wegen der Verfassungsentwicklung, existiert, zumindest bisher, nicht. Nur Ideen zu produzieren, die einer realpolitischen Basis entbehren, scheint doch nicht ausreichend zu sein.

Die Schlussfolgerung aus dieser Konstellation lautet, dass die EU einen Supranationalismus entwickelt hat, der aufgrund eurokрайtischer Strukturen und einer an sich nicht ausreichenden demokratischen Unterfütterung ein Eigenleben fristet. Von patriotischer Anhänglichkeit ist jedenfalls noch nicht viel zu spüren. Der europäische ist im Vergleich zum nationalstaatlichen Patriotismus in gewisser Weise inexistent. Eine Europapraxis – die Idee Europa dagegen ist in Europa Allgemeingut –, die nicht politisch-kulturell, also auch nicht emotional, verankert ist, muss sich fragen lassen, ob ihr Weg des immerengeren Zusammenschlusses nicht längst den Charakter einer Ideologie angenommen hat. Zudem hat die Ablehnung eines Vertragswerkes, das so prominente Unterstützung erfuhr, durch die

Bürger zweier europäischer Gründerstaaten eine nicht zu unterschätzende Symbolik. Das Verfassungswerk kann jedenfalls mit den nationalstaatlichen patriotischen Überlegungen nicht mithalten. Von Patriotismus reden heißt aber, von Europa nicht schweigen zu können.

Ein europarealistisches im Gegensatz zu einem europaeuphorischen Konzept baut auf den solideren, demokratisch legitimierten Nationalstaaten auf und steht in der Tradition abendländischer Rechtsstaatsentwicklung. Von dort aus wird Europa aufgebaut und ein die europäischen Nationalstaaten überwölbendes Dach gegeben. Die Aufgabe von Souveränität ist das passende Bild für diesen nationalstaatlichen Dienst an Europa. Insofern handelt es sich um einen pro-europäischen Akt der vielen Patrioten der beteiligten Nationen Europas in Vergangenheit und Gegenwart.

Aus diesen besonders erfreulichen pro-europäischen Einstellungen – „Deutscher Patriotismus in Europa“ – einen Akt der Staatswerdung machen zu wollen, hieße, den gut meinenden Patriotismus zu missbrauchen. Zugespitzt formuliert, könnte man sagen, dass der Supranationalismus an die Stelle der Nationalismen in Europa getreten sei, mit ähnlich negativen Folgen. Dieses Argument unterstellt eventuell unlautere Motive. Aber richtig bleibt, dass das Ignorieren gewachsener nationalstaatlicher Strukturen durch das Zentralisieren-Wollen des legislativen Prozesses in Europa, weg von den Nationalstaaten beziehungsweise sie verein-

nahmend, eine schleichende Entmündigung der Nationalstaaten bedeutete. Wir wollen der EU nicht zu viel Ehre angedeihen lassen, sie keinesfalls mit einem Staat verwechseln, der sie definitiv nicht ist.

In dem Maße, wie Vertreter der europäischen Einigung glaubhaft machen, dass durch die EU nur eine Frieden garantierende Einigung der Völker angestrebt wird, sind die vielen europäischen Patriotismen pro-europäisch ausgerichtet. Darin liegt das eigentliche Kapital Europas, mit dem allerdings viel treuhänderischer umzugehen wäre. Die nationalstaatlichen Patriotismen stellen eine Plattform dar, die Interdependenz der Staaten und Volkswirtschaften mitzutragen, weil diese Europäisierung besser ist, als die Wege allein zu gehen. Deshalb ist der Ministerrat der EU ein vernünftiges Organ der Kooperation der Nationalstaaten in einem festen institutionellen Rahmen.

Dagegen war der Thatcherismus keine geeignete Plattform, weil er nur am britischen Eigeninteresse ausgerichtet war. Dessen Europaskeptizismus ist kein praktikabler Weg. Realistisch ist dagegen eine deutsche und europäische Politik, die auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht. Allerdings ist man damit weit von der real existierenden EU entfernt. Sie auf Kernaufgaben zu konzentrieren ist das Gebot der Stunde. Die Konzentration auf Kernaufgaben steht aber dem diametral entgegen, was Europabefürworter das Kerneuropakonzept nennen. Dieses Ansinnen, die EU zu einem Staat zu formen, steht eindeutig jenseits nationalstaatlich nur legitimierbarer konföderativer Strukturen und erscheint vom patriotischen Standpunkt aus als höchst fragwürdig. Die von den Politikern in dieser Form betriebene Integrationspolitik ist kein demokratisches Verfahren, sondern im Ansatz eine Variante imperialer Herrschaftsentwicklung. Die intergouvernementale Mandatserteilung für europäische Aktivitäten reicht nicht

aus, den europäischen Prozess kerneuropäisch-supranational zu präfigurieren. Leider findet eine undogmatische Diskussion über derartige Entwicklungen und über die endgültige, abschließende Gestalt der Europäisierungsprozesse nicht statt. Persönlichkeiten wie die des „Einigungskanzlers“ wären hier eigentlich gefordert – insofern nämlich, als ihr erwiesener Patriotismus mit einem intergouvernementalen Europa verbunden werden könnte, in dem zum Beispiel Deutschland nicht mit Europa verschmolzen wird oder nur noch auf kulturelle Angelegenheiten, wie etwa der Sprachpflege, reduziert sein kann. Ein derartiges Ansinnen wäre patriotisch nicht mehr mitzutragen und unverantwortbar. Der voluntaristische Weg des „Immer-weiter“, „Immer-enger“ führt wie alle Voluntarismen auf Abwege. Insofern sind diese „Kohlisten“ eine klärende Antwort schuldig. Sie müssen zeigen, dass hier „Gegensätze, die keine sind“, vorliegen.

Um zum Beispiel der Türkei oder der Ukraine Perspektiven eines Anschlusses oder einer – wirklich – privilegierten Partnerschaft anzubieten, kann man den Prozess einer unbesehnen Vertiefung der Integration schon längst nicht mehr einfach als vernünftig ansehen. Ein immer enger zusammenrückendes Europa ist in diesem größeren Rahmen nicht mehr realistisch; mehr Distanz, mehr nationale Eigenverantwortung im subsidiären Sinne, kurz mehr bewährte intergouvernementale Kooperation anstelle einer rigorosen Vereinheitlichung des Unvereinbaren, weil Vielfältigen, wäre ein europarealistisches Unterfangen. Dagegen entspricht es dem bereits als kritisch beurteilten Supranationalismus, das größere Europa – oder gehört die Ukraine zum Beispiel nicht zu Europa? – abzuschotten. Diese Abschottung unterstützen zu sollen hieße, aus den nationalen Patriotismen egoistische Einstellungen, ja Populismen generieren zu wollen.

Die Gefahr der Renationalisierung besteht, wenn man über das Ziel der vernünftigen europäischen Kohäsion hinausschießt. Das etwas antiquiert klingende, aber in Wirklichkeit bewährte Konzept eines „Europas der Vaterländer“ (Charles de Gaulle) würde den Gefahren des Zerfalls von Nationalstaatlichkeit in Europa vorbeugen. Belgien etwa oder Großbritannien zeigten 1989 eine gewisse Unruhe, als in Osteuropa der Prozess der nachholenden nationalstaatlichen Revolution ablief. Die gewachsenen Nationalstaaten in Europa würden in ihrer Substanz gefährdet, wenn das praktizierte Selbstbestimmungsrecht plötzlich – als nationalstaatliches – zur Disposition gestellt, volatile gemacht werden würde durch die Konstruktion eines europäischen Demos.

Allein die Perspektive anzudeuten zeigt, was hier für ein Gefährdungspotenzial gegeben ist. Umso dringender scheint es deshalb geboten, diese soliden patriotischen Verpflichtungen nicht unnötig zu marginalisieren. Spätestens jetzt müsste deutlich geworden sein, welches integrative Potenzial die Patriotismen transportieren und wohin eine blauäugige Europahaltung führen kann. Wenn Argumente etwas bedeuten, dann gibt es einen wichtigen Grund, die Diskussion in Europa zu konsolidieren, das heißt, das pro-europäische Potenzial des Patriotismus ernst zu nehmen. Als vorläufiges Fazit lässt sich festhalten: Es bedarf der Anerkennung des elementaren Zusammenhangs von Nation, Demokratie und Patriotismus im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Frage nach dem Wohin der europäischen Integration erweist sich als höchst dringlich. Darüber muss ein undogmatischer Diskurs geführt werden. Ein intergouvernemental orientiertes Europa benötigte dann zum Beispiel so etwas wie eine europäische Leitkultur, wobei hier kurzsinnige

Wege in einen europäischen Verfassungspatriotismus bereits problematisiert wurden beziehungsweise sich als nicht gangbar erwiesen haben. Das Werk europäischer Nationalstaatspatrioten – Europa der Vaterländer – sieht natürlich anders aus als das der real existierenden europäischen Bürokratie. Die Euro(büro)kratie wird deshalb so kritisch gesehen, weil sie nicht demokratisch in das Legitimationsystem der Nationalstaaten eingebunden ist, sondern sich längst antisubsidär ver selbstständigt hat und weitere Kompetenzen an sich zieht, ungebremst von den nicht kritischen und vor allem nicht zum Handeln bereiten Politikern, die allerdings auch stets von einer veröffentlichten Meinung zu immer neuen Integrationsanstrengungen gedrängt werden.

Abschließend zur europäischen Frage sei erwähnt, dass im Unterschied zur Entwicklung des Nationalismus der Patriotismus mit dem Patriotismus anderer Nationalstaaten gut leben kann. Insofern gibt es, wie in der Frühform des damals noch demokratischen Nationalismus im Europa der Zeit vor 1850, eine Solidarität der Patrioten. Eben diese Verbundenheit – wird sie nicht, wie oben erwähnt, ausgebaut – trägt den europäischen Gedanken, zum Beispiel auch die sinnvolle Interdependenz der europäischen Nationen und ihrer Wirtschaftssysteme.

Es sollte klar geworden sein, dass es von entscheidender Bedeutung ist, von welchem Standpunkt aus man den europäischen Gedanken entwickelt. Der Patriotismus ist jedenfalls ein solides Fundament, sozusagen ein die Gesellschaften zusammenhaltendes Sozialkapital, das ideologischen Konstruktionen von Europa begeisterten klar überlegen ist.

Eine ausführliche Fassung dieses Beitrages ist unter dem Titel „Patriotismus – die neue bürgerliche Bewegung“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 01-02/2007 erschienen.